



2010/18 Lifestyle

<https://jungle.world/artikel/2010/18/die-polizei-studiert-mit>

Über die Entwicklungen in der Migrationsforschung

Die Polizei studiert mit

Von **Felix Wemheuer**

Die Ergebnisse der Migrationsforschung werden auch von staatlichen Behörden genutzt. In Wien debattierten kritische Wissenschaftler darüber, welche Folgen diese Nähe von Forschung und Politik hat.

Fairplay sieht anders aus: Am 29. April verhaftete die Polizei in Wien 16 Mitglieder des Fußballvereins FC Sans Papiers samt Trainer auf dem Platz. Daraufhin formierte sich spontan eine Demonstration von 250 bis 400 Menschen, die versuchten, den Abtransport der migrantischen Fußballer »ohne Papiere« durch eine Blockade zu verhindern. Mittlerweile sollen 14 der Sans Papiers wieder freigelassen worden sein.

Obwohl der Staat weiterhin eine rabiante Abschiebepolitik verfolgt, werden in letzter Zeit selbst in Österreich neue Töne hinsichtlich der Migrationspolitik angeschlagen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Professionalisierung und Verwissenschaftlichung des »Diversitätsmanagements«, das nicht mehr nur den Sicherheitsbehörden überlassen werden soll.

Gefördert durch Gelder der EU und durch nationale Forschungsfonds vermehren sich Projekte zu Migration an den Universitäten. An der Donau-Universität Krems bietet etwa das Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit ein Master-Studium in »Migrations-Management« für Führungskräfte aus Polizei, Politik und Arbeitsämtern an.

Die Gruppe Kritische Migrationsforschung (KriMi) stellt sich die Frage, welche Konsequenzen die Nähe zwischen Forschung und Politik hat und wie eine Kritik formuliert werden kann. Am 28. April organisierte KriMi zu diesem Thema in Wien eine Podiumsdiskussion mit Migrationsforschern.

Die Forscher berichteten, dass der Mainstream der Migrationsforschung nicht mehr von Ausländern und Assimilierung spriche, sondern von Menschen migrantischer Herkunft und von Integration. Kulturelle »Diversität« gelte nicht als Problem, sondern solle genutzt werden, um Städte attraktiver im globalen Wettbewerb zu machen oder den Nationalstaat zu »bereichern«. Projekte, die versuchen, mit Rassismustheorien zu arbeiten oder sich der Kulturalisierung sozialer Probleme von Migranten widersetzen, hätten es hingegen schwer, gefördert zu werden.

Die Mainstream-Forschung frage in der Regel vom Standpunkt des Nationalstaats aus, welchen Nutzen »sie«, die Migranten, für »uns« hätten. Die Konzentration auf kulturelle »Diversität« vernachlässige häufig die Entrechtung von Migranten. Kritische Migrationsforschung sollte daher vor allem die Konstruktion von homogenen kulturellen und nationalen Identitäten in Frage stellen, lautete der Konsens der Vortragenden. Kien Nghi Ha, Politologin aus Berlin und Autorin des Buches »Migration und Ethnizität Reloaded« von 2004, argumentiert, dass in Deutschland auch das Konzept der »Integration« in der Tradition der kulturellen und sozialen Unterordnung von Migranten stehe und diese immer noch »zu Rohmaterial für die Forschung degradiert« würden. »Die Vermessung diskriminierter Menschen verändert unser Bild von ihnen und konstruiert die Problemgruppen erst. Warum lassen wir uns als Mitglieder der weißen Dominanzgesellschaft nicht mal erforschen und fragen, was wir eigentlich für die Integration machen?« Dass in der Regel Angehörige der Dominanzgesellschaft die Fragen an Migranten stellten, sei Ausdruck post-kolonialer Machtverhältnisse. Integration werde vom Staat als »Bringschuld« der Migranten gesehen, während der strukturelle Rassismus der Gesellschaften in Deutschland und Österreich nicht in Frage gestellt werde. Die Anthropologin Barbara Herzog-Punzenberger von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sieht zwar die Gefahr, dass Politiker Forschungsergebnisse über Migranten gebrauchen, um Sanktionsmaßnahmen zu rechtfertigen. Der post-kolonialen Kritik an »Vermessung« hält sie jedoch entgegen, dass die Forschung empirische Tatsachen erst durch das »Vermessen« erhalte. So habe sich gezeigt, dass fast die Hälfte der 15jährigen Kinder türkischer Eltern in Österreich Probleme mit der deutschen Sprache hätten. Herzog-Punzenberger macht dafür aber nicht eine angebliche Bildungsfeindlichkeit verantwortlich, sondern wirft die Frage auf, was Kindergarten und Schule falsch gemacht haben. Assimina Gouma, Kommunikationswissenschaftlerin von der Universität Salzburg und Mitglied von KriMi, verweist auf den Ansatz der »Autonomie der Migration«, der davon ausgeht, dass Migranten Grenzen, Migrationsregime und Nationalstaaten unterlaufen und dadurch verändern. Dank dieses Ansatzes könne die Handlungsfähigkeit von Migranten verstanden werden und die kritische Forschung Fragen vom Standpunkt der Migranten aus formulieren.

»Allerdings sollten wir nicht auch noch von den Migranten erwarten, die Revolution statt uns und für uns zu machen«, sagt Gouma. Außerdem müsse man als Forscher darauf achten, dass Erkenntnisse über »migrantischen Ungehorsam« wie etwa das Wissen über Fluchtrouten nicht vom Staat aufgegriffen werden, um die Migration zu regulieren. Das International Centre for Migration Development mit Hauptsitz in Wien hat beispielsweise eine Forschungsabteilung, die sich mit der Verwissenschaftlichung des »Grenz-Managements« beschäftigt, um illegale Migration zu bekämpfen. Gouma berichtet auch, dass Migranten in ihren Interviews oft selbst betonen, wie »integriert« sie seien. Es sei jedoch nicht verwunderlich, dass Migranten dieses Paradigma aufgriffen, da in den Medien die Integration als einzige Berechtigung für den Aufenthalt im »Gastland« dargestellt werde. Ha glaubt, dass gerade das »Nachahmen« herrschender Diskurse auch eine subversive Handlung sein kann. So spielte das »Nachahmen« der Europäer im Befreiungskampf in den Kolonien eine wichtige Rolle. Auch kritische Forscher müssten reflektieren, wo sie ihr Wissen »absaugen« und was die Befragten eigentlich davon hätten, forderte eine Aktivistin. Schließlich bauten auch sie

ihre akademische Karriere auf migrantischem Wissen auf, präsentierten ihre Theorien und Forschungsergebnisse jedoch häufig in einer Form, die für organisierte Migranten und Antirassisten schwer verständlich und im Alltag kaum anwendbar sei. Doch liegt das Problem der Erforschung migrantischen Ungehorsams auch darin, dass die »Transkripte des Widerstandes«, wie James C. Scott am Beispiel von Bauern in der Dritten Welt zeigte, meistens nicht an Außenstehende weitergegeben werden. Daher ist es leichter, die »Waffen der Schwachen« im Nachhinein zu erforschen als in der Gegenwart, weil die Akteure nur zu genau erkennen, dass sie nur wegen der Wissenslücken des Staates oder mit gezielter Manipulation von Daten und Informationen von unten überleben können. Hoch ging es bei der Diskussion im Publikum her, als der Wiener Philosoph Ljubomir Bratic gegen die »Helfer-Industrie« polemisierte, deren Existenz auf der Entrechtung der Migranten beruhe. Die kritische Forschung dürfe Migranten nicht zu pädagogischen Objekten oder Opfern machen. Wutentbrannt unterbrachen ihn Aktivistinnen, die darauf verwiesen, dass viele kleine NGO unterfinanziert seien und sich genauso wie die Wissenschaftler engagieren würden. Bratic argumentierte, dass der Kampf für Rechte im Vordergrund stehen solle. In Wien dürften 20 Prozent der Bevölkerung nicht wählen. In Österreich sind traditionell insbesondere die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die Verteidiger des »Inländerschutz«. Bis 2006 waren Migranten vom Zugang zu den vergleichsweise günstigen Gemeindebauwohnungen in Wien weitgehend ausgeschlossen. Erst in diesem Jahr bekamen Ausländer, die nicht aus dem Europäischen Wirtschaftsraum stammen, das passive Wahlrecht für Betriebsratswahlen. Alle Redner stimmten zu, dass die kritische Migrationsforschung auch Fragen von Geschlecht, Klasse und Kapitalismus beinhalten muss. Dann jedoch kann die strikte Gegenüberstellung von dominanter Mehrheitsgesellschaft und marginalisierten Migranten nicht mehr aufrechterhalten werden. Von der Illegalisierung und Entrechtung von Migranten durch den Staat profitieren auch Unternehmer und selbsternannte Repräsentanten in den migrantischen Communities.

Eine Legalisierung der »Sans Papiers« würde den Schattenwirtschaften weitgehend die Grundlage entziehen. Beim migrantischen Ungehorsam ist es auch notwendig, zwischen »Listigkeit« im Überlebenskampf und den Aktivitäten professioneller Schleppern zu unterscheiden, die sich am Elend anderer bereichern. Auch Schlepper und Schmuggler profitieren vom repressiven Grenzregime. Jede Verschärfung der Einwanderungsgesetze und der Kontrollen treibt die Preise weiter in die Höhe. Im Gegensatz zu Frankreich kommt in Deutschland und Österreich die Mehrheit der Migranten nicht aus ehemaligen Kolonien. Länder wie die Türkei oder der Iran sind heute selbst Regionalmächte und China ist sogar ein global player.

Kritische Migrationsforscher wenden sich zu Recht gegen Kulturalisierung, wenn z.B. Medien den »Ehrenmord« in einer türkischen Familie als kulturelles Problem darstellen und dagegen die Tötung der Ehefrau durch einen »weißen« Christen als »Familiendramatik« und Einzelfall. Dennoch muss es möglich sein, an ausbeuterischen und patriarchalen Praktiken sowie reaktionären Ideologien in migrantischen Communities Kritik zu üben. Nicht jede reaktionäre Dummheit ist nur eine Reaktion auf strukturellen Rassismus. Zu oft wurde innerhalb der westlichen Linken Kritik an Bewegungen in der Dritten Welt oder Marginalisierten zurückgehalten, da man ihnen als Angehöriger der »Unterdrückter-Nation« nicht in den Rücken fallen wollte. Richtig ist auch, dass der Staat soziale Selektion

fördert, wenn Sprachkenntnisse zur Voraussetzung für das Bleiberecht gemacht werden. »Weißen« Deutschen wird auch nicht die Staatsbürgerschaft entzogen, weil sie Analphabeten sind. Generell ist es jedoch hilfreich, dass sich Menschen in einer Gesellschaft in einer Sprache verständigen können, wenn sie die Verhältnisse gemeinsam verändern wollen. Die kritischen Migrationsforscher könnten auch der Kritik am Eurozentrismus Taten folgen lassen und eine außer-europäische Sprache lernen. Der Boom des Themas »Migration« zeigt jedenfalls, dass der Kampf um Mobilität, migrantische Arbeit, Identitäten, Grenzen und Nationalstaat in Zukunft eine zentrale Rolle spielen wird.